

Startseite | SonntagsZeitung | Regieren und Verwalten - Mit der IT fürs Volk haben die Behörden Mühe

Abo [Schweiz hinkt hinterher](#)

Die Behörden haben Mühe mit der IT fürs Volk

Die Verwaltung des Bundes möchte mit einem digitalen Umbau näher an die Bevölkerung rücken. Doch der epochale Umschwung kommt nicht in Fahrt.



Martin Stoll

Publiziert: 28.08.2021, 23:30



Eine Operatorin gibt 1966 im Rechenzentrum des ehemaligen Staatsbetriebs PTT (Post, Telefon, Telegraf) Daten ins System ein.

Foto: Werner Pfändler (StAAG)

Die Zahlen sind beeindruckend: Ende letzten Jahres hat die Bundesverwaltung 850 Softwaresysteme betrieben: Register, Meldesysteme, interne Pendenzenverwaltungen. Dazu kommen 600 Informatikprojekte. Bei den meisten Anwendungen bleiben Normalbürger indessen aussen vor – sie dienen den Bundesämtern zur Bewältigung der Geschäftslast.

Seit die Behörden Mitte des letzten Jahrhunderts damit begonnen haben, auf Lochkarten und Magnetbändern Daten zu verarbeiten, hat sich die Bundes-Informatik zum schwer manövrierbaren Monsterprojekt entwickelt. 3500 Vollzeitstellen sind hier inzwischen besetzt. Kostenpunkt: jährlich 1,4 Milliarden Franken.

Bund ist «massiv in Verzug»

Um den wachsenden Koloss in die richtige Richtung zu lenken, hat die Regierung der Verwaltung letztes Jahr neue Ziele verordnet. Zentraler Punkt: Die Digitalisierung soll nicht nur verwaltungsintern Nutzen generieren, sondern auch für Bürgerinnen und Bürger, für Unternehmen, Verbände, Kantone und Gemeinden. «Kundenzentrierung» ist die neuste Losung des Bundes beim Auf- und Umbau der Informatik.

Doch laut einem internen Controllingbericht der Bundeskanzlei – die SonntagsZeitung hat ihn gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz herausverlangt – war die Verwaltung Ende 2020 bei der Entwicklung von solchen Anwendungen «massiv in Verzug». Nur wenige Ressourcen wurden letztes Jahr für Aktivitäten investiert, die der Bevölkerung einen Praxisnutzen gebracht hätten.

Würden sich Departemente und Verwaltungseinheiten in Zukunft nicht mehr engagieren, bestehe das Risiko, dass eine stärkere Ausrichtung auf Geschäfts- und Kundenbedürfnisse «nicht umgesetzt werden kann», heisst es im Bericht.

Auf dem Niveau von Bulgarien

«In der Schweiz fehlt es teils noch an ganz basalen Sachen wie einheitlichen und leicht zu findenden digitalen Dienstleistungen, die den Einwohnerinnen und Einwohnern den Verkehr mit dem Amt erleichtern», sagt auch Danny Bürkli, Co-Leiter

der Organisation Staatslabor, die sich für eine innovative öffentliche Verwaltung einsetzt.



Computeranlage der eidgenössischen Verwaltung, aufgenommen 1965 im Bundeshaus in Bern.
Foto: Siegfried Kuhn (StAAG)

Schlecht weg kommt die Schweiz auch im internationalen Vergleich: In einem aktuellen Rating der Europäischen Kommission zu Onlinedienstleistungen der Verwaltung belegt sie einen Schlussrang – zwischen Tschechien und Bulgarien.

**«In der Schweiz fehlt es teils noch an
basalen Sachen.»**



Danny Bürkli, Staatslabor

Wie Kundenzentrierung geht, machen andere Länder der Schweiz vor. Auf der Website der britischen Polizei [↗] lässt sich die Kriminalitätsbelastung in jedem Winkel des Landes nachvollziehen. Dies beeinflusst nicht nur das subjektive Sicherheitsempfinden, sondern auch die Preise von Immobilien.

In Deutschland kann das Verkehrsgeschehen über eine Autobahn-App [↗] beobachtet werden, die mit über 1000 Webcams verbunden ist. Die amerikanische Grossstadt Boston stellt ihre in Bibliotheken, Callcentern oder öffentlichen Parks erbrachten Leistungen über die Anwendung CityScore [↗] tagesaktuell ins Internet.

Per Mausclick in der Urlaub

Allerdings gib es auch in der Schweiz Lichtblicke: Inzwischen können Armeeangehörige per Mausclick ein Urlaubsgesuch stellen [↗], in einer Datenbank des Bundesamts für Gesundheit (BAG) lassen sich Mortalitätsraten einzelner Spitäler [↗] miteinander vergleichen, und das Bundesamt für Energie (BFE) rechnet vor, wie viel Solarstrom ein Hausbesitzer auf seinem Dach produzieren kann [↗].

Innovative Kantone und Gemeinden

▼ [Infos einblenden](#)

Doch der Weg zur smarten Verwaltung ist voller Hürden: Um die Vision von intelligent vernetzten Behörden umzusetzen, müssten über Departements- und Ämtergrenzen hinweg Projekte entworfen werden. Datensilos müssten verbunden und Datenbanken öffentlich zugänglich gemacht werden. Die Angst vor Fehlern (Stichwort: Datenschutz), vor einem Budgetdebakel und die Last des Alltagsgeschäfts hindern die Innovation der Bundes-Informatiker.



Im Jahr 1984 bewirtschafteten die SBB diese Datenbankanlage.

Foto: Felix Aeberli (StAAG)

Dazu kommt eine recht starke Skepsis vor Schnittstellen zur Aussenwelt: So studiert die Verwaltung seit 2011 über einen Onlinekatalog nach, welcher der Öffentlichkeit ihr Recht auf Zugang zu Amtsdokumenten erleichtern würde. In den nächsten Wochen kommt das Geschäft in den Bundesrat – nach zehn Jahren Projektentwicklung, Evaluationen und Sistierungen.

SonntagsZeitung

Dieser Text stammt aus der aktuellen Ausgabe. Jetzt alle Artikel im E-Paper der SonntagsZeitung lesen: [App für iOS](#) – [App für Android](#) – [Web-App](#)

Publiziert: 28.08.2021, 23:30

Fehler gefunden? [Jetzt melden.](#)

THEMEN**Informatik****Demokratie****4 Kommentare**

Ihr Name

Speichern

Sortieren nach:

Neueste**Enrico Tambelli**

vor 2 Stunden

Wem hilft die Kriminalitätsliste? Immobilienhaien oder gar den Einbrechern dass sie nicht immer in dieselben Häuser steigen? Wozu führt das? Stell dir vor ein Immobilienkäufer kann den Preis drücken, wenn er absichtlich die Gegend vorher etwas unsicher macht!

Wer braucht die Autobahnapp? Google & Co zeigen die Staus in Realtime an, wer Webcams während dem Fahren anschaut gefährdet sich und andere. Wozu muss der Staat da noch was tun was schon erfunden ist? Oder besteht wirklich ein Bedürfnis die Webcam am Gubrist Tunnel stundenlang anzusehen?

Selbst für die Statistiken der öffentlichen Institutionen habe ich Mühe mein persönliches Bedürfnis darin zu erkennen.

Aber IT ist halt schon ein bisschen mehr als sein Smartphone zu streicheln oder aus Anbietersicht ein fancy App zu programmieren um die Gunst der Kunden zu buhlen.

Wir haben uns für ein förderalistisches System entschieden, das heisst die Aufwände werden grösser und Projekte komplexer. Dabei geht aber es sehr schnell auch um sehr sensitive Daten der Bürger. Da ist es mir egal wo wir in der EU Rangliste figurieren, solange wir bei der Sicherheit top sind. Oder wollen sie ihre Steuererklärung im www, für jeden einsehbar?

Leider suggeriert der Artikel mit den schönen Bildern von 1965 und 1984 gleichzeitig auch, dass die IT veraltet / stehen geblieben ist. Journalisten wissen ganz genau um die Wirkung solcher Bilder! Da wünschte ich mir mehr Sachlichkeit und Anwendungsbeispiele die wirklich das Volk interessieren.

[^](#) | [v](#) | [Antworten](#) | [Melden](#)**Martin Eggenberger**

vor 3 Stunden

In diesem Bericht geht es mehr ums Öffentlichkeitsprinzip als um "IT für das Volk". Beim Öffentlichkeitsprinzip ist klar festzustellen, dass Transparenz in sehr vielen Bereichen unerwünscht ist. Stellen Sie sich vor, man hätte eine schweizweite Kriminalkarte wie in England! Alle Ortschaften, die nicht mustergültig sind, würden sich gegen eine Veröffentlichung wehren. Ein weiteres Problem ist natürlich auch der Föderalismus. Es wird sicher 26 verschiedene Polizeistatistiken geben, die man nicht einfach über einen Leisten brechen kann.

Will man "IT für das Volk", ist zuerst die Politik in der Pflicht endlich klare Rahmenbedingungen zu schaffen. Und eine digitale ID haben wir auch immer noch nicht...

^ 1 | v | Antworten | Melden

Jürg Hotz

vor 4 Stunden

Schade, dass man sich auf negative anstatt auf positive Informationen fokussiert. Nehmen wir als positives Beispiel das Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster). Dieses Kataster ist das zuverlässige, offizielle Informationssystem für die wichtigsten öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen; von Interesse für jeden Hauskäufer, Immobilienmakler, jede Bank. Doch kennt man dieses Kataster zu wenig. Bund, Kantone und Gemeinden müssten betreffend Informatikdienstleistungen primär in PR investieren, um die verschiedenen wirklich guten Leistungen publik zu machen. Wer sich interessiert kann sich übrigens einen Überblick unter e-government.ch beschaffen. Bedauerlich, dass auch dieser Hinweis im Artikel fehlt.

^ 2 | v | Antworten | Melden

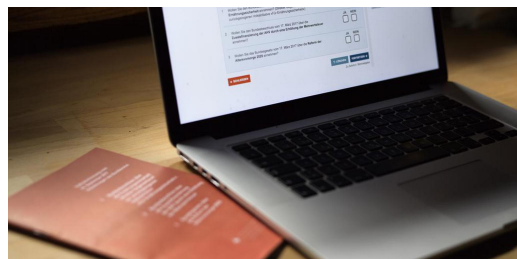
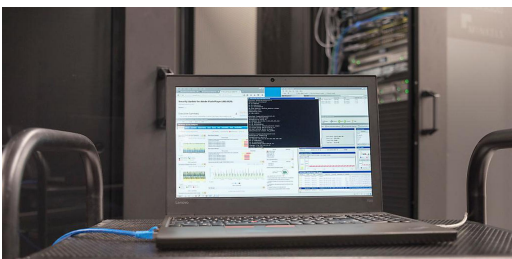
Renato Tobler

vor 4 Stunden

Die Datenbankanlage der SBB im Bollwerk in Bern sah auch 1997 noch so aus.

^ | v 1 | Antworten | Melden

MEHR ZUM THEMA



Mehrkosten und Verspätung

Rechenzentren des Bundes werden 250 Millionen Franken teurer

Ein Bericht des VBS offenbart grosse Probleme bei laufenden Projekten. Überdies kosten sie viel mehr als erwartet.

 Aktualisiert



Wegen Sicherheitsproblemen

Bund überarbeitet Grundlagen für E-Voting-Versuch

Bis Ende des Jahres soll eine Neuausrichtung der elektronische Stimmabgabe stehen. Die geplante Initiative für ein fünfjähriges Moratorium ist vorläufig vom Tisch.

 Aktualisiert



[Startseite](#)

[E-Paper](#)

[Kontakt](#)

[AGB](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Abo abschliessen](#)

Alle Medien von Tamedia

© 2021 Tamedia. All Rights Reserved